

SERV für Schuldenerlass für Pakistan gewappnet

„Wir sind für einen möglichen Schuldenerlass für Pakistan gewappnet und könnten ihn selber finanzieren“, erklärten Vertreter der Schweizerischen Exportrisikoversicherung (SERV) am alljährlichen Treffen mit Schweizer Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Die SERV wird sich auch um noch mehr Transparenz bei heiklen Projekten bemühen.

André Rothenbühler

Ende 2009 betrug das SERV-Guthaben gegenüber Pakistan aus der 2001 im Rahmen des Pariser Clubs erfolgten Umschuldung noch rund 100 Millionen Franken. Auf die Frage, ob ein Schuldenerlass für das von einer Flutkatastrophe heimgesuchte Land möglich wäre, meinte SERV-Verwaltungsratspräsident Wilhelm Jaggi, dass man darauf warte, was Pakistan mache. Er rechnet damit, dass Pakistan an den Pariser Club gelangen und eine internationale Geberkonferenz stattfinden wird. Die SERV sei für eine mögliche neue Umschuldung und einen Schuldenerlass gewappnet.

Für die Finanzierung eines Schuldenerlasses würde das vorhandene Kapital der SERV bei weitem ausreichen, wie SERV-Direktor Herbert Wight präzisierte. Jaggi ist zuversichtlich, dass die Schweiz eine internationale Initiative zugunsten Pakistans unterstützen würde. Es bräuchte seiner Ansicht nach auch ein Monitoring der Verwendung der frei werdenden Mittel in Pakistan.

Jaggi zeigte sich zufrieden mit dem Ergebnis seiner nach drei Jahren erstmals vom Wirtschaftsprüfer Ernst & Young evaluierten Organisation. Er will dem Wunsch der NGOs nach mehr Transparenz und einem früheren Einbezug Rechnung tragen. So soll geprüft werden, ob Informationen über sensible Projekte früher als die von der Organisation für Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) geforderten 30 Tage vor der finalen Versicherungszusage veröffentlicht werden können. Zudem soll geprüft werden, ob künftig auch das Datum einer Transaktion und die Namen des Exporteurs und der involvierten Bank bei der grundsätzlichen Anfrage, bzw. dem Versicherungsgesuch publiziert werden sollen. Ferner wurde von NGO-Seite angeregt, künftig vermehrt auch Angaben zum CO₂-Ausstoss eines Projektes zu veröffentlichen.

Eine wichtige Lehre aus dem gescheiterten Ilisu-Staudammprojekt ist aus der Sicht von Christine Eberlein von der Erklärung von Bern, dass Exporteur und Kunde (z.B. die türkische Regierung) vor dem Geschäftsabschluss mit der Weltbank und/oder den Exportrisikoagenturen möglichst viele Umwelt- und Sozialauflagen bereits umgesetzt haben. Des Weiteren unterstützt die SERV die im Rahmen der Revision der OECD-Richtlinien („Common Approaches“) geplante stärkere Verankerung von sozialen und Menschenrechts-Standards. Jaggi lud Aktion Finanzplatz auch zu einem bilateralen Austausch über die Frage der Schaffung eines fairen Insolvenzverfahrens für hoch verschuldete Staaten ein.